

FREIBERUFLER-TICKER vom 8. Mai 2026

1. Berufsbildungsbericht 2026 veröffentlicht

Das Bundeskabinett [beschloss](#) den Berufsbildungsbericht 2026 am 6. Mai 2026. 2025 wurden 476.000 duale Ausbildungsverträge abgeschlossen, ein Rückgang um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In der schulischen Berufsausbildung im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen ist die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger 2025 dagegen erneut gestiegen (ein Plus von knapp vier Prozent). Gleichzeitig ging das Angebot an Ausbildungsplätzen zurück: bundesweit wurden 530.300 Ausbildungsstellen angeboten und damit 25.300 Stellen (knapp fünf Prozent) weniger als 2024. Aus dem flankierenden vorläufigen [Datenreport](#) zum Berufsbildungsbericht 2026 geht hervor, dass der Anteil junger Erwachsener im Alter von 20 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss weiterhin auf hohem Niveau liegt. BIBB-Berechnungen auf Basis des Mikrozensus weisen für 2024 einen Anteil von 18,8 Prozent aus (2023: 19 Prozent). Hochgerechnet entspricht dies 2,76 Millionen formal nicht qualifizierten jungen Erwachsenen (2023: 2,79 Millionen). Mit Stichtag zum 30. September 2025 wurden bei den Freien Berufen 49.623 neue Ausbildungsverträge verzeichnet, knapp fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Zudem sind rund neun von zehn Auszubildenden bei den Freien Berufen weiblich (89,6 Prozent). Überdies behaupten die Freien Berufe weiterhin die Spitzenposition unter allen Wirtschaftsbereichen beim Anteil der Auszubildenden mit ausländischem Pass. Dieser Anteil stieg nochmals auf nunmehr 24,1 Prozent an. Fast jede vierte, jeder vierte Auszubildende bei den Freien Berufen hat einen ausländischen Pass.

2. Neue Folge „Klotzki und Sigmund“: Ein Jahr Merz im Kanzleramt

Was ist seit der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler passiert? Wie ist die Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft – und welche Erwartungen wurden erfüllt oder enttäuscht? Darüber sprechen Peter Klotzki und Thomas Sigmund in der neuen Folge von „Klotzki und Sigmund“. Im Mittelpunkt stehen die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten der vergangenen Monate: Reformtempo, Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung und politische Glaubwürdigkeit. Die Folge zieht eine erste Bilanz nach einem Jahr schwarz-roter Regierung – kompakt, pointiert und im bekannten 15-Minuten-Format.

Jetzt überall hören, wo es Podcasts gibt – unter anderem auf [Spotify](#) und auch als Video auf [YouTube](#).

3. Keine „A1-Bescheinigungen“ für Geschäftsreisen mehr

Die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Mitgliedstaaten billigten am 29. April 2026 die mit dem Europäischen Parlament erzielte [vorläufige Einigung](#) über eine vorgeschlagene Überarbeitung der Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit. Das komplexe Dossier kam jahrelang nicht voran. Bereits im Jahr 2016 hatte die Europäische Kommission ihren Vorschlag dazu vorgelegt. Mit dem jetzt gefundenen Kompromiss sollen die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit aktualisiert und so gestaltet werden, dass sie klarer, gerechter und einfacher durchzusetzen sind. Dies betrifft nicht zuletzt auch die Vorschriften für entsandte Arbeitnehmer und Selbstständige. Die Vorabnotifizierung und Attestierung von Geschäftsreisen („A1-Bescheinigung“) entfällt. Ausgenommen sind ferner kurzfristige Tätigkeiten, das heißt Tätigkeiten mit einer Höchstdauer von drei aufeinanderfolgenden Arbeitstagen innerhalb eines Zeitraums von 30 aufeinanderfolgenden Tagen – wobei Tätigkeiten im Bausektor nicht unter die Ausnahme für

kurzfristige Tätigkeiten fallen. Die nun erzielte vorläufige Einigung muss vom Rat der Europäischen Union und dem EU-Parlament noch förmlich angenommen werden.

4. Zustimmung zur liberalen Demokratie in Deutschland

Der am 4. Mai 2026 [veröffentlichte](#) „Demokratiemonitor 2026“ der Bertelsmann Stiftung zeigt laut der Autorinnen und Autoren: Trotz deutlicher Kritik am praktischen Funktionieren politischer Institutionen bleibt die grundsätzliche Zustimmung zur liberalen Demokratie in Deutschland sehr hoch – und verbesserte sich seit 2019 in Teilen. Eine breite Mehrheit (82 Prozent) befürwortet überdurchschnittlich stark demokratische Werte, zugleich klafft in vielen Bereichen eine spürbare Lücke zwischen Anspruch (Legitimität) und wahrgenommener Umsetzung (Performanz), besonders bei den Parteien. Die Forscherinnen und Forscher sehen darin keinen Anlass für Alarmismus, sondern ein Zeichen demokratischer Resilienz. Am geringsten fällt die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Modul Wahlen aus: Mehr als neun von zehn aller Befragten (91 Prozent) stimmen den Werten und Regeln demokratischer Wahlen zu, und immerhin fast zwei Drittel (65 Prozent) bewerten auch ihr praktisches Funktionieren überdurchschnittlich positiv. Sehr viel größer ist die Diskrepanz bei den Parteien: Mehr als drei Viertel der Deutschen (77 Prozent) befürworten zwar die Werte und Funktionen demokratischer Parteien. Gleichzeitig sind aber lediglich 17 Prozent der Befragten auch mit dem praktischen Funktionieren der Parteien zufrieden. Die Freien Berufe stehen für Eigenverantwortung, Gemeinwohlorientierung und freiheitliche Ordnung – und genau deshalb sind sie ein unverzichtbarer Teil unserer Demokratie. Der „Demokratie Campus“ ist der Beitrag des BFB, um Haltung sichtbar zu machen, junge Menschen zu erreichen und Räume für Respekt und Debatte zu schaffen.

5. Zahlen zu Unternehmensaufgaben im Mittelstand

Bis 2029 könnten in Deutschland zwischen 456.000 bis 570.000 inhabergeführte Betriebe schließen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung ([21/5377](#)) auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag am 24. April 2026 berichtete. Grundlage sind Daten des Nachfolge-Monitorings Mittelstand 2025 der KfW. Demnach planen bis 2029 jährlich rund 114.000 KMU-Inhaberinnen und -Inhaber ihren Betrieb aufzugeben. Hauptgrund ist das Alter (52 Prozent), gefolgt von fehlendem Interesse innerhalb der Familie (47 Prozent) und hoher bürokratischer Belastung (42 Prozent). Zudem berichten 21 Prozent von erfolgloser Nachfolgersuche. 17 Prozent sehen die Geschäftslage als Hindernis für einen Verkauf, elf Prozent empfinden die Suche nach einer Nachfolge als zu aufwendig. Zur regionalen Verteilung der Betriebsaufgaben liegen der Bundesregierung keine Daten vor.

6. DIW-Analyse zur Verteilung von privater und betrieblicher Altersvorsorge

Eine [aktuelle Analyse](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zeigt, dass private und betriebliche Altersvorsorge in Deutschland weiterhin stark von Einkommen und sozialer Lage abhängen. Insbesondere Geringverdienende, Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien sowie Beschäftigte in kleinen Betrieben verfügen deutlich seltener über zusätzliche Altersvorsorge. Dadurch werden bestehende Ungleichheiten in der gesetzlichen Rentenversicherung verstärkt. Auch das neu beschlossene Altersvorsorgedepot als Nachfolgemodell der Riester-Rente ändere wenig daran, dass vor allem höhere Einkommensgruppen vorsorgen, während Geringverdienende und Beschäftigte in kleinen Betrieben deutlich seltener erreicht werden. Freiwillige Modelle allein seien nach DIW-Einschätzung nicht ausreichend, um Versorgungslücken im Alter zu schließen. Das DIW sieht Reformbedarf und spricht sich für besser zugängliche, kollektiv organisierte Vorsorgemodelle aus.

7. Rentenanpassung 2026

Die Bundesregierung hat die Rentenwertbestimmungsverordnung 2026 beschlossen, wie sie in ihrer [Meldung](#) Ende vergangener Woche bekannt gab. Damit sollen die gesetzlichen Renten zum 1. Juli 2026 um 4,24 Prozent steigen, vorbehaltlich der noch ausstehenden Zustimmung des Bundesrates. Grundlage der Erhöhung ist die positive Lohnentwicklung sowie die weiterhin geltende Haltelinie beim Rentenniveau von 48 Prozent. Der aktuelle Rentenwert wird damit bundeseinheitlich angehoben. Weitere Informationen finden sich auf der Website der [Deutschen Rentenversicherung](#).

8. Erwerbstätigkeit von Müttern

Wie das Statistische Bundesamt am 5. Mai 2026 [mitteilte](#), waren 2025 in Deutschland knapp 40 Prozent der Mütter mit mindestens einem Kind unter drei Jahren erwerbstätig, während die Quote bei Vätern bei knapp 89 Prozent lag. Im Vergleich zu 2015 stieg die Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder leicht an, bei Vätern blieb sie nahezu unverändert. Mit zunehmendem Alter der Kinder steigt die Erwerbstätigenquote der Mütter deutlich an: Bei Müttern mit Kindern unter 18 Jahren liegt sie bereits bei 71,2 Prozent. Die Zahlen zeigen weiterhin eine ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern.

9. Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial bei Nichterwerbstätigen: Erwerbslose und „Stille Reserve“

Wie das Statistische Bundesamt am 6. Mai 2026 [mitteilte](#), wollten in Deutschland 2025 fast 4,9 Millionen Nichterwerbstätige arbeiten, darunter 1,7 Millionen Erwerbslose und 3,2 Millionen Personen in der „Stillen Reserve“. Die Zahl dieser Menschen mit Arbeitswunsch stieg im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 240.000 an. Besonders auffällig ist, dass viele Betroffene über mittlere oder hohe Qualifikationen verfügen, also etwa eine Berufsausbildung oder Hochschulreife besitzen. Während Frauen in der stillen Reserve häufig wegen Betreuungspflichten keiner Arbeit nachgehen können, nennen Männer häufiger gesundheitliche Einschränkungen als Grund.

10. IAB-Studie: Deutschkenntnisse bleiben entscheidend

Eine am 27. April 2026 [veröffentlichte](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt: 57 Prozent der Betriebe erwarten für neu ausgeschriebene Stellen mindestens Deutschkenntnisse auf B2-Niveau. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind zurückhaltend gegenüber Bewerbungen ohne ausreichende Sprachkenntnisse. Die höchsten Anforderungen stellen Finanz- und Versicherungsdienstleister (79 Prozent), gefolgt von Erziehung und Unterricht (76 Prozent) sowie dem Gesundheits- und Sozialwesen (74 Prozent). Deutlich niedriger sind sie im Verkehr und in der Lagerei (37 Prozent) sowie im Gastgewerbe (30 Prozent). In den Freien Berufen sind gute Sprachkenntnisse essenziell für das Vertrauensverhältnis zu Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden. Gleichzeitig bieten sie beste Chancen für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln: Eine weitere Sprache und interkulturelle Kompetenz sind ein großer Pluspunkt, da die Freien Berufe und ihre Teams „nah am Menschen“ sind.

11. Jeder vierte Betrieb in Deutschland nutzt generative KI

2023 nutzten fünf Prozent der Betriebe Computerprogramme, die eigenständig neue Inhalte wie Texte oder Videos erzeugen können. Binnen zwei Jahren verfünffachte sich dieser Anteil nahezu auf knapp 25 Prozent. Das zeigt eine am 5. Mai 2026 [veröffentlichte](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Weitere neun Prozent planen den künftigen Einsatz. In Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten lag die Nutzung bereits bei 48 Prozent, bei Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten bei 21 Prozent. Auch das Alter spielt eine Rolle: Unternehmen,

die seit mindestens 25 Jahren bestehen, nutzen generative KI mit 21 Prozent deutlich seltener als Betriebe, die vor weniger als fünf Jahren gegründet wurden (30 Prozent). 2025 wurde generative KI vor allem in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen eingesetzt: 59 Prozent der Betriebe im Bereich Information und Kommunikation nutzten sie, gefolgt vom Finanz- und Versicherungswesen (50 Prozent), unternehmensnahen Dienstleistungen (37 Prozent) sowie Erziehung und Unterricht (34 Prozent). Am geringsten war die Nutzung in Rohstoffgewinnung, Bau, Gastgewerbe sowie Verkehr und Lagerei (jeweils unter 15 Prozent). 90 Prozent der Betriebe griffen auf frei zugängliche KI-Anwendungen zurück, 16 Prozent nutzten eingekaufte, mit eigenen Daten trainierte Modelle, und sechs Prozent entwickelten eigene KI-Modelle. Fast die Hälfte der Betriebe investierte bereits in die Technologie. Weiterbildungen wurden in mehr als jedem vierten KI-nutzenden Betrieb angeboten. Jeweils rund ein Fünftel hat zudem interne Regeln für den KI-Einsatz entwickelt oder plant deren Einführung.

12. Digitalisierung steigert Produktivität

Eine am 23. April 2026 [veröffentlichte](#) Studie des ZEW Mannheim und von KfW Research zeigt: Investitionen in digitales Kapital zahlen sich aus. Erhöhen Unternehmen ihren digitalen Kapitalstock um zehn Prozent, steigt die Produktivität im Schnitt um 0,159 Prozent. Bei bereits stark digitalisierten Unternehmen fällt der Effekt mit plus 0,808 Prozent deutlich höher aus. Digitales Kapital ist in Deutschland sehr ungleich verteilt: So verfügen die 25 Prozent der mittelständischen Unternehmen mit dem höchsten Bestand an Digitalkapital über durchschnittlich 156.600 Euro. Dagegen beläuft sich der Digitalstock der 50 Prozent der Unternehmen mit dem geringsten Bestand auf Werte von durchschnittlich unter 50 Euro. Aus dem ebenfalls vorgestellten Digitalisierungsbericht von KfW Research geht hervor, dass die Digitalisierungsaktivitäten des deutschen Mittelstands über alle Wirtschaftszweige hinweg zuletzt eingebrochen sind. Der Anteil der Unternehmen, die zwischen 2022 und 2024 ein Digitalisierungsvorhaben abgeschlossen haben, sank im Vergleich zu den Jahren 2021 bis 2023 um fünf Prozentpunkte auf 30 Prozent. Die Unternehmen investierten insgesamt 23,8 Milliarden Euro in ihre Digitalisierung – ein Minus von 8,1 Milliarden Euro, preisbereinigt um 8,6 Milliarden Euro.

13. Empfehlungen für eine wettbewerbsfähige und souveräne KI-Ökonomie vorgelegt

Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eingesetzte Expertenkommission „Wettbewerb und Künstliche Intelligenz“ hat ihre Arbeit abgeschlossen und stellte am 28. April 2026 im Rahmen ihrer Abschlussitzung zentrale [Handlungsempfehlungen](#) zur Stärkung des KI-Standorts Deutschland und Europa vor. In insgesamt fünf Sitzungen identifizierte das Gremium zentrale Handlungsfelder und entwickelte konkrete Empfehlungen. Diese adressieren insbesondere die Themen (1) Infrastruktur und digitale Souveränität; (2) Finanzierung; (3) Daten; (4) Wettbewerb und (De-)Regulierung sowie (5) Talent und Transfer. Die vorgelegten Empfehlungen werden nun in die weiteren wirtschafts- und digitalpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung einfließen.

14. Digitalranking der 16 Bundesländer

Hamburg bleibt Deutschlands digitalstes Bundesland, Hessen arbeitet sich auf Platz drei vor und das Saarland ist der Shooting-Star des Jahres. Gleichzeitig zeigt der [Bitkom Länderindex 2026](#), der am 6. Mai 2026 veröffentlicht wurde, dass digitale Stärke innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich ausgeprägt ist: Der Norden punktet mit Infrastruktur, ostdeutsche Länder besonders mit digitaler Bildung. Für den Länderindex wurden alle 16 Bundesländer anhand von 30 Indikatoren in vier Kategorien untersucht: Governance & Verwaltung, Digitale Infrastruktur, Digitale Wirtschaft und Digitale Gesellschaft.

15. Chancenforum für Bildung und Aufstieg

Um die wirtschaftliche Zukunft Berlins zu sichern, muss das duale Bildungssystem optimiert werden. Wie das gelingen kann, besprechen Expertinnen und Experten auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Berliner Morgenpost im Rahmen einer Townhall-Veranstaltung am 12. Mai 2026. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie politische Bildungsexpertinnen und -experten teilen ihre Erfahrungen dazu in Vorträgen und einer Podiumsdiskussion. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe „Berliner Landespolitik im Fokus“ von 18 bis 20 Uhr statt. Anmeldungen sind [hier](#) möglich.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 22. Mai 2026.

